Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Klerspe, Klerspe-Bhf., Bollwerk, Volme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Oyl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilh. Bell jr., Halver. Fernsprecher Nr. 42, Amt Halver. Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 160 | Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe, (34 mm breit) 6 Reichspfennig, für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspfennig, Reklame 10 Reichspfennig. — Offertgebühren 10 Reichspfennig und Porto. — | Halver, Donnerstag, den 11. Juli | Erscheint wöchentlich 6 mal. Gratisbeilagen: „Zeitgeschehen im Wochenbild", „Des Landmanns Sonntagsblatt", „Herd u. Scholle", — „Für unsere Frauen" und am Abend". — | 1929

Die heutige Ausgabe umfaßt 8 Seiten

Kleine Zeitung für eilige Leser

* Der „Reichsausschuß für das deutsche Volksbegehren" beschloß, ein Volksbegehren gegen den Young-Plan und die Kriegsschuldlüge in die Wege zu leiten.

* Die Lage am Arbeitsmarkt ist ziemlich unverändert geblieben. Zugänge und Abgänge gleichen sich aus.

* Das größte Flugzeug der Welt, das von den Rohrbachwerken erbaut worden ist, wird dieser Tage seine Probeflüge beginnen.

* Das Ozeanflugzeug „Pathfinder" ist nach seinem Fluge Amerika—Rom bei Santander notgelandet.

Zollmauern.

Bisher hat man gerade in Deutschland recht schlechte Erfahrungen gemacht mit der Wirkung oder vielmehr der Wirkungslosigkeit internationaler Wirtschaftskonferenzen. Denn diese Wirkungslosigkeit trat selbst dann zutage, wenn es sich um die Beratungen der Weltwirtschaftskonferenzen handelte, wie sie unter der Ägide des Völkerbundes bereits mehrfach in Genf zusammengetreten sind. Es wurden dort ausgezeichnete Reden gehalten, es wurde „betont" oder „unterstrichen", wie notwendig es sei, im Interesse der Weltwirtschaft selbst endlich einmal dazu zu gelangen, daß die Zollmauern zwischen den einzelnen Ländern der Welt nicht immer nur erhöht, sondern weniger unüberwindbar gemacht werden. Bei diesen Besprechungen und Entschließungen ist praktisch ebensowenig herausgekommen wie auf der letzten Tagung der internationalen Wirtschaftskonferenz, die jetzt wieder, und zwar in Amsterdam, zusammengetreten ist. Die Zollmauern sind geblieben, gewachsen und breiter geworden und besonders die Pläne, die in den Vereinigten Staaten über die Verschärfung der Hochschutzzollpolitik bereits bis zu einem Gesetzentwurf gediehen sind, zeigen wieder aufs deutlichste, daß weniger die Wirtschaftsführer als die Regierungen der Länder von den Beschlüssen internationaler Konferenzen über den Abbau der Zollpolitik nichts wissen wollen.

Deutschland nimmt infolge seiner Verpflichtung, den Dawes-Plan und vielleicht demnächst den Young-Plan auszuführen, eine besondere Stellung ein, auf die ebenso Dr. Schacht in Paris wie kürzlich Dr. Stresemann in Baden-Baden sehr scharf hinwies. Nur freie Betätigung des deutschen Exports ermöglicht es, unter weniger schweren volkswirtschaftlichen Verlusten für Deutschland die Ausführung des Young-Planes zu versuchen. Während auf der einen Seite ausländisches Kapital in breiten Wogen nach Deutschland hereinströmt, verhindern überall hohe Zollmauern, daß die deutsche Wirtschaft durch Steigerung ihres Exports ihre wachsenden Erzeugungsmöglichkeiten bis aufs letzte ausnutzt und dadurch das Einkommen der gesamten deutschen Volkswirtschaft erheblich steigert, auf diese Weise damit wenigstens die Möglichkeit schafft, einmal seine Zahlungsverpflichtungen an das Ausland zu einem größeren Teil aus wirklichen Überschüssen seiner Wirtschaft zu erfüllen. Gewiß wird man sich in Amsterdam sehr eingehend über den Young-Plan und alles, was damit zusammenhängt, unterhalten; haben sich doch gerade die Amerikaner aus dem Grunde so energisch dafür eingesetzt, die Pariser Konferenz nicht ergebnislos auseinandergehen zu lassen, weil der neue Zahlungsplan schwere Hemmnisse der wirtschaftspolitischen Befriedung Europas beseitigen soll.

Tatsächlich hebt sich ja in ihren wirtschaftlichen Wirkungen die gegenseitige zollpolitische Absperrung der einzelnen Staaten und Völker auch gegenseitig auf; aber leider steht auch die zweite Tatsache fest, daß sich gerade die wichtigsten Reparationsgläubiger Deutschlands besonders energisch absperren gegen die Aufnahme deutscher Waren.

Recht interessant ist es übrigens auch noch, daß man in Amsterdam eine Delegation chinesischer Wirtschaftler erwartet, die Aufklärung geben soll über die derzeitige wirtschaftliche Lage in China und die dortigen Möglichkeiten für die Zukunft. Aus anderen Gründen freilich, aber doch mit derselben praktischen Wirkung wie in Rußland ist China infolge seiner inneren Wirren wirtschaftlich stark heruntergekommen, — und die Weltgütererzeugung vermag nach den großen Verlusten, die sie infolge des Ausfalls Sowjetrußlands erlitten hat und immer noch erleidet, einen auch nur ähnlichen Ausfall des 400-Millionen-Volkes in China kaum noch zu ertragen. Aber gerade in China, wo sich die politischen Interessensphären drei oder vier verschiedener Völker kreuzen und überschneiden, ist es die Politik, die der Wirtschaft das Geschäft verdirbt, ist der Geschäftsboykott zu einem beliebten politischen Kampfmittel geworden. Immerhin schafft die dort nun gewonnene nationale Einigung die Voraussetzung für ein stärkeres Wiederaufleben aller wirtschaftlichen Möglichkeiten.

Fast täglich kommt die Kunde neuer internationaler Kapitalsverflechtungen, spürt man immer stärker, daß das kapitalistische System — trotz Sowjetrußland — seinen Höhepunkt noch lange nicht erreicht hat. Die Amerikaner haben dabei die Führung, sie, die eigentlichen und einzigen Sieger im Weltkrieg; in ihrer Hand liegen infolgedessen auch die Mittel, handelspolitische Absperrungen und Hemmnisse mit Erfolg anzugreifen. Das ist wohl die kommende zweite Etappe auf dem Wege, den man beschritt, als Young die Pariser Konferenz als Vorsitzender eröffnete.

Politische Rundschau

Deutsches Reich

Das Sperrgesetz verfassungsändernd?

Der Sechste Zivilsenat des Reichsgerichts als Schiedsgericht für die Frage der Rente des landgräflich hessischen Hauses hat das vom Reichstag beschlossene und von der Reichsregierung verkündete Sperrgesetz für verfassungsändernd erklärt, soweit es sich auf Schiedsverträge bezieht, und ist infolgedessen in die Verhandlung über den Aufwertungsanspruch gegen den Preußischen Staat eingetreten. Der Senat hat einen Vergleichsvorschlag auf der Basis einer Aufwertung von 68 Prozent gemacht.

Abänderung des Young-Plans?

Meldungen aus London zufolge hat der englische Schatzkanzler Snowden im Unterhaus die Frage, ob eine Abänderung des Young-Plans möglich sei, bejaht. Von zuständiger Berliner Stelle wird im Zusammenhang hiermit darauf hingewiesen, daß die Sachverständigen in ihrem Plan ausdrücklich gesagt hätten, der Vorschlag sei ein unteilbares Ganzes. Man befürchtet in Berlin, daß Paris diese durch nichts begründete Äußerung Snowdens zum Anlaß nehmen wird, um die Arbeiten des Organisationsausschusses weiter hinauszuzögern.

Aus In- und Ausland

München. Die Tagung des Bayerischen Landtages wurde geschlossen.

Germersheim. Die Besatzungsbehörde beabsichtigt, die Kaserne in Germersheim durch Innen- und Außenbauten zu erweitern. Man vermutet, daß dieser wenig erfreuliche Plan damit zusammenhängt, daß für den Fall der Räumung der zweiten Zone Truppenteile in die dritte Zone verlegt werden.

Warschau. Ende des Monats sollen in Gdingen zwei italienische Kreuzer, „Pisa" und „Ferrucio", zum Besuch der polnischen Flotte eintreffen und fünf Tage im Hafen bleiben.

London. Einer Meldung aus Webb (Mississippi) zufolge wurden bei einem Zusammenstoß zweier Züge sieben Personen getötet und mehr als 20 verletzt.

Ueber Länder und Meere

Zwei Transozeanflugzeuge gelandet.

„Pathfinder" und „Untin Bowler".

Das Flugzeug „Pathfinder", das Montag in Old Orchard zu einem Transozeanflug nach Rom gestartet war, ist Dienstag abend bei der spanischen Stadt Santander in der Nähe des Strandes gelandet. Man erinnert sich, daß fast genau an derselben Stelle vor kurzem auch das Transozeanflugzeug „Gelber Vogel", in dem sich drei Franzosen befanden, notlanden mußte. Die „Pathfinder"-Flieger erklärten, daß sie wegen Benzinmangels zur vorzeitigen Landung gezwungen waren.

Wieder aufgetaucht ist auch das Flugzeug „Untin Bowler", das sich auf dem Fluge von Chikago nach Berlin befindet und von dem man mehrere Tage nichts gehört hatte.

Das Flugzeug ist Dienstag am frühen Morgen auf eisbedecktem Wasser in der Nähe von Port Burwell an der Hudsonbai gelandet. Die Flieger hatten zwei Nächte und einen Tag auf einem einsamen Felsen etwa 40 Meilen südlich von Port Burwell verbracht, um das Fallen des Nebels abzuwarten.

Ein dreimotoriges Sowjetflugzeug in Berlin eingetroffen.

Das dreimotorige Sowjetverkehrsflugzeug „Flügel der Sowjets", das in Moskau unter Führung des Sowjetflugzeugpiloten Gromew gestartet war, ist Mittwoch im Tempelhofer Flughafen in Berlin gelandet. Zur Begrüßung der Flieger waren u. a. erschienen: der Botschafter Krestinski und Vertreter des Auswärtigen Amts und des Reichsverkehrsministeriums. — Die Flieger werden sich einige Tage in Berlin aufhalten, um dann über Paris nach Rom und von dort über Wien und Warschau zurück nach Moskau zu fliegen.

Neuer Dauerflugweltrekord.

Die Flieger Mendell und Reinhart stellten in Kalifornien mit dem Doppeldecker „Angelano" einen neuen Weltdauerflugrekord auf. Als sie sich 175 Stunden 59 Sekunden in der Luft befanden, übernahmen sie 75 Gallonen neuen Betriebsstoff und setzten ihren Flug fort. Sie erklärten, daß sie den Rekord auf 200 Stunden hinaufschrauben wollten.

*

Ein holländisches Militärflugzeug in die Nordsee gestürzt.

Bei Huisduinen ist das holländische Militärflugzeug 547 aus größter Höhe in die Nordsee abgestürzt, wo es sofort im Wasser versank. Beide Insassen, ein Leutnant und ein Sergeant, fanden hierbei den Tod. Die Leiche des Sergeanten, der bei dem Aufprall auf dem Wasser einen Schädelbruch erlitt, ist geborgen worden.

*

Flugzeugunglück in Kanada.

Ein Schulflugzeug stieß in Montreal bei einem Übungsflug auf die Erde auf und fing Feuer, wobei der Lehrer und der Schüler den Tod fanden.

Der „Pathfinder" auf dem Weiterflug nach Rom.

Das Flugzeug hat nach einigen Stunden den wegen Brennstoffknappheit unterbrochenen Flug Amerika—Rom wieder aufgenommen.

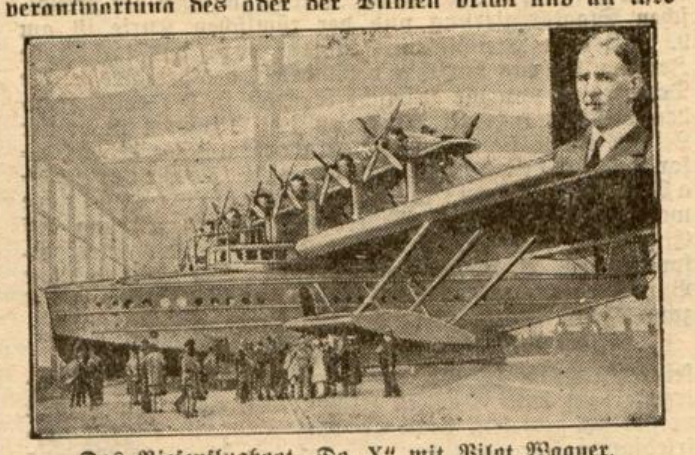
Die Etappe Old Orchard—Santander hat 31½ Stunden in Anspruch genommen. Die Flieger, deren Haltung nach Havas in ihrer ruhigen Selbstverständlichkeit den Eindruck vermittelte, daß die Ozeanüberquerung nunmehr eine Tatsache wird, die keine außergewöhnliche Bedeutung mehr beanspruchen kann, berichteten, daß während des Fluges der Wind nicht ungünstig, dagegen die Sicht derart schlecht war, daß das Flugzeug die Azoren überflog, ohne daß die Besatzung die Inseln zu Gesicht bekam. Dreimal geriet das Flugzeug in schwere Böen, wobei die Schutzplatte über dem Benzinbehälter zum Teil abgerissen wurde. Die Landung in Spanien ging im wesentlichen glatt vonstatten.

Flugkoloß „Do. X"

Das größte Flugschiff der Welt

Vor dem Probeflug.

Das Flugschiff „Do. X" wird voraussichtlich schon Donnerstag vom Bodensee aus starten. Mit dem Einfliegen des neuen Luftriesen ist der Chefpilot Wagner betraut. Am Doppelsteuer soll Flugzeugführer Fath sitzen. So wichtig die Tüchtigkeit der Piloten für den Ausfall der Versuchsflüge auch ist, so besteht doch das vollkommen Neue des Flugschiffes darin, daß es mit der Alleinverantwortung des oder der Piloten bricht und an ihre Stelle die Schiffsbesatzung mit dem Kapitän als verantwortlichen Schiffsführer setzt. Denn die Besatzung besteht aus einem Kapitän, einem Offizier, zwei Piloten, einem Ingenieur, vier Maschinisten, einem Funker, einem Koch und einem Steward.



Das Riesenflugboot „Do. X" mit Pilot Wagner.

Der Luftriese, der von zwölf Motoren zu je 525 Pferdestärken angetrieben wird, der 40 Meter lang, 10 Meter hoch ist und eine Spannweite von 48 Metern hat, wird 16 000 Liter Benzin und 1500 Kilogramm Öl zum Antrieb der Motoren gebrauchen. Es soll mit dem Flugzeug, das eine Höchstgeschwindigkeit von 250 Kilometern in der Stunde und eine Reisegeschwindigkeit von 190 Stunden-Kilometern entwickeln wird, ein Maß von Sicherheit erreicht werden, wie es kein anderes bisher bestehendes Flugzeug auch nur annähernd aufzuweisen vermag. Italien soll bereits zwei „Do. X" bestellt haben, für Deutschland ist ein Flugboot in Auftrag gegeben.

Dr. Dornier, der Leiter der Werke, die das Flugzeug erbaut haben, betonte in einer Ansprache, daß dieser Typ noch lange nicht das Ozeanflugzeug darstelle. Mit diesem Flugzeug solle auch nicht der längst geplante Ozeanverkehr eingerichtet werden, das selbst „Do. X" nur eine Etappe bedeute. Auf Grund seiner zwei Jahrzehnte langen Erfahrungen sei er zu der Überzeugung gekommen, daß die Vergrößerung der Abmessungen die Sicherheit wesentlich erhöhe und die Wirtschaftlichkeit steigere. Bei dem neuen Flugschiff könnten die Piloten ihre ganze Aufmerksamkeit allein auf die Tätigkeit des Fliegens richten. Den technischen Teil übernehme ein Ingenieur. Er werde dabei unterstützt von einer Reihe von Spezialisten.

Zur Frage der Wirtschaftlichkeit verwies Dr. Dornier darauf, daß heute ohne staatliche Beihilfe nirgends Luftverkehr betrieben werden könne und daß die Flugzeuge ihre volle Verwendungsmöglichkeit erst dann erreichen würden, wenn sie wirtschaftlich seien. Heute sei so gut wie keine Wirtschaftlichkeit vorhanden, weil die Flugzeuge, sobald sie Strecken von mehr als 500 bis 600 Meilen zu überfliegen hätten, nur noch ihre Besatzung und den Brennstoff zu transportieren vermögen. Hier eine Verbesserung zu schaffen, sei neben der Erhöhung der Sicherheit der zweite führende Gedanke bei dem Bau des Flugschiffes gewesen.

Die Umgemeindungen im westlichen Industriebezirk.

Preußischer Landtag.

(98. Sitzung.) tt. Berlin, 10. Juli.

Der Preußische Landtag verabschiedete das Polizeikostengesetz und wandte sich dann der dritten Lesung der

rheinisch-westfälischen Umgemeindungsvorlage

zu. In der Abstimmung wurden im wesentlichen die Beschlüsse der zweiten Lesung ohne Aussprache bestätigt.

Gegen die Rechtsparteien wurde der

Zusammenschluß von Duisburg und Hamborn

gemäß Paragraph 23, der bekanntlich in Hamborn zu Protestkundgebungen und Halbmastflaggen geführt hatte, nach den Beschlüssen der zweiten Lesung bestätigt.

Bei den in zweiter Lesung bereits umstrittenen Bestimmungen des Paragraphen 29, der die

Neuregelung der Stadtgemeinde Essen

vorsieht, wurde ein Zentrumsantrag angenommen, wonach die Stadtgemeinde Steele nach Essen eingegliedert wird, ohne die vorher beabsichtigten Grenzberichtigungen gegenüber Wattenscheid vorzunehmen.

Auch der

Zusammenschluß von Barmen und Elberfeld

wurde gegen die Streichungsanträge der Rechtsparteien mit 188 gegen 167 Stimmen bei einer Stimmenthaltung bestätigt.

Die

Eingliederung Lenneps in Remscheid

wurde mit 174 Stimmen der Regierungsparteien und Kommunisten gegen 170 Stimmen der Rechtsparteien und eines Teils des Zentrums nach der Fassung der Vorlage bestätigt.

Unverändert genehmigt wurden die Bestimmungen über die Stadtgemeinde Recklinghausen, desgleichen diejenigen über die Stadtgemeinden Bochum, Witten, Hagen und Iserlohn.

Annahme fanden auch die Bestimmungen über die Bildung zwischengemeindlicher Arbeitsgemeinschaften.

Die Bestimmungen über Oberhausen, Mülheim und Düsseldorf wurden im wesentlichen nach den Beschlüssen zweiter Lesung angenommen. Bestätigt wurden auch die Bestimmungen für den Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk und die Schlußvorschriften.

Bedenken der Opposition.

Vor der Schlußabstimmung gab Abg. Dr. v. Kries (Dtn.) eine Erklärung ab, in der es heißt, daß die Bedenken seiner Freunde gegen die Umgemeindungsvorlage sich durch die Beratungen im Ausschuß und im Plenum noch wesentlich verstärkt hätten. Die Bemühungen seiner Fraktion, Verbesserungen durchzusetzen, seien in allen wesentlichen Punkten an dem Widerstand der Regierungsparteien gescheitert. Das Gesetz verfolge eine einseitige Großstadtpolitik, durch die der Auflösung Preußens die Wege geebnet würden. Seine Fraktion sei im übrigen der Ansicht, daß das Gesetz einen verfassungsändernden Charakter trage und daher mit Zweidrittelmehrheit angenommen werden müsse.

Abg. **von Eynern** (D. Vp.) erklärte, auch seine Freunde müßten das Gesetz ablehnen, da es nicht dem Wohle des Volkes diene.

Abg. Dr. **Rhode** (Wirtschaftspartei) betonte, daß auch seine Fraktion dem Gesetz nicht zustimmen könne. Der Staatsgerichtshof werde dann zu entscheiden haben, ob das Unrecht aufrechterhalten werden solle oder nicht.

Abg. **Haas**-Köln (Soz.) meint, daß es sich bei dem Gesetz um eine kommunale Regelung handele, die der Entwicklung des Industriebezirks entspreche. Zum Schluß trat der Redner der Ansicht entgegen, daß das Gesetz mit Zweidrittelmehrheit verabschiedet werden müsse.

Abg. **Baumhoff** (Ztr.) erklärte, seine Fraktion habe sich trotz schwerer Bedenken entschlossen, dem Gesetze zuzustimmen. Sein Scheitern wäre gleichbedeutend mit kommunalpolitischer Anarchie im Industriebezirk.

Abg. **Pohl** (Dt. Frakt.) lehnte das Gesetz ab, das den Bestimmungen der Reichsverfassung über den Schutz der Selbstverwaltung zuwiderlaufe.

Abg. **Sobottka** (Komm.) lehnte die Vorlage ab, da sie keine befriedigende Lösung bringe.

Das Gesetz wurde in namentlicher Schlußabstimmung mit 210 Stimmen der Regierungsparteien gegen 169 Stimmen der übrigen Parteien angenommen.

Präsident Bartels dankte den Mitgliedern des Gemeindeausschusses für die an dieser Vorlage geleistete schwierige Arbeit.

Innenminister Grzesinski schloß sich dem Dank des Präsidenten namens der Staatsregierung an. Er hoffe, daß die Bevölkerung des Umgemeindungsgebietes die Überzeugung gewinne, daß das, was hier als Gesetz beschlossen wurde, ihr zum Heile diene, und daß auch in dem neuen Rahmen die Selbstverwaltung genau so wirksam funktionieren könne, wie es bisher der Fall gewesen sei.

Angenommen wurden endlich noch die Entschließungen des Gemeindeausschusses, worin das Staatsministerium ersucht wird, Entlassungen von Arbeitern und Angestellten aus Anlaß der Eingemeindungen zu vermeiden und bei Festsetzung eines Sitzes der Kreisverwaltung in erster Linie eine dem Kreise angehörende Gemeinde und möglichst eine solche zu berücksichtigen, in der bisher der Kreissitz war.

48 Wochenstunden für Beamte.

Darauf wurde eine Reihe von Anträgen des Beamtenausschusses angenommen, wonach unter anderem bei der Polizei ein Übermaß an Dienstzeit verhindert und für alle im Staatsdienst tätigen Beamten, Angestellte und Arbeiter möglichst eine Arbeitszeit von 48 Wochenstunden nicht überschritten werden soll. Darauf vertagte sich das Haus auf Donnerstag.

*

Ein Handgemenge.

Kurz vor Abschluß der Dienstagsitzung des Preußischen Landtags, die sich über beinahe 12 Stunden erstreckte, kam es im Verlaufe von Auseinandersetzungen zwischen sozialdemokratischen und nationalsozialistischen Abgeordneten zu einem Handgemenge, in das auch Abgeordnete anderer Parteien verwickelt wurden. Die Sitzung wurde von dem Präsidenten sofort unterbrochen. Dem vermittelnden Eingreifen besonnener Abgeordneter gelang es, die an dem Handgemenge beteiligten Kollegen zu veranlassen, wieder ihre Plätze einzunehmen. Nach Wiedereröffnung der Sitzung schloß der Präsident die Abgeordneten Behrend (Soz.) und Fischer (Dtn.) wegen ihrer Beteiligung an den Tätlichkeiten aus.

Das Haus, das zu Beginn der Sitzung stark besetzt war, wies, je länger sich die Sitzung hinzog, immer größere Lücken in den Abgeordnetenbänken auf. So kam es, daß kurz vor dem Zwischenfall bei der Abstimmung über einen Antrag auf Herbeizitierung des Ministerpräsidenten und des Innenministers sich die Beschlußunfähigkeit des Hauses herausstellte und sofort eine neue Sitzung anberaumt werden mußte.

Die Abstimmungen über die Mißtrauensanträge wurden auf Donnerstag vertagt.

Ein eisernes Nein.

Gegen den Young-Plan.

Der Reichsausschuß für das deutsche Volksbegehren, dem eine große Anzahl nationaler Verbände angehört, trat auf Anregung des Stahlhelms unter dem Vorsitz des Bundesführers Seldte in Berlin zu einer ersten offiziellen Tagung zusammen.

In seiner Eröffnungsrede erklärte Bundesführer Seldte, daß jetzt der Kampf gegen den Young-Plan zur aktuellen und dadurch zur dringlichen politischen Aufgabe geworden sei.

Als zweiter Redner sprach der Vorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei, Geheimrat Dr. Hugenberg, und erklärte, die innerpolitischen Gegner hätten sich geirrt, wenn sie meinten, daß das Stahlhelmvolksbegehren gegen die Partei- und Parlamentsherrschaft fallen gelassen worden sei. Der Reichsausschuß für das deutsche Volksbegehren übernehme das vom Stahlhelm angeregte Verfassungsvolksbegehren als seine Aufgabe und werde seine Durchführung weitertreiben. Unter der Losung: Gegen den neuen Tributplan und gegen die Kriegsschuldlüge habe sich aus Menschen aller Lebenskreise eine nationale Front gebildet.

Darauf erörterte der Präsident des Reichslandbundes, Reichsminister a. D. Dr. Schiele, die verhängnisvollen Auswirkungen des Young-Planes, besonders auf die deutsche Landwirtschaft. Gegenüber den neuen Versklavungsversuchen könne es nur eine Antwort geben: ein eisernes Nein!

Danach sprachen noch Graf v. d. Goltz, Adolf Hitler, M. d. R. Wendthausen, Landtagsabgeordneter Rüffer, M. d. R. Frau Anna Grete Lehmann und Dr. Fritz Thyssen.

In zwei Entschließungen fand diese erste Sitzung des Reichsausschusses ihren Niederschlag:

„Der Reichsausschuß für das deutsche Volksbegehren übernimmt das vom Stahlhelm angeregte Verfassungsvolksbegehren als seine Aufgabe und wird seine Durchführung weitertreiben."

„Der Reichsausschuß für das deutsche Volksbegehren stellt den Kampf gegen den auf dem erpreßten Kriegsschuldbekenntnis aufgebauten Pariser Tributplan in die vorderste Linie seiner Aufgaben. Er wird mit allen gesetzlichen Mitteln, insbesondere mit dem Mittel des Volksbegehrens, dagegen kämpfen, daß die Ratschläge der Pariser Sachverständigen zum Gesetz für das deutsche Volk erhoben werden. Er ruft alle Deutschen zum Widerstande gegen den Pariser Tributplan auf."

Neue Unterhausanfrage über die Räumungspolitik.

England hat freie Hand.

Im Englischen Unterhause stellte der Abgeordnete Wedgwood die Anfrage, ob die Regierung der französischen Regierung gegenüber irgendwie gebunden oder verpflichtet sei, ohne Einwilligung Frankreichs oder ohne die gleichzeitige Räumung seitens der französischen Truppen das Rheinland nicht zu räumen.

Der Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten, Henderson, beantwortete die Frage mit „nein" und führte dazu aus: Die großbritannische Regierung hat völlig freie Hand, die englischen Truppen aus dem Rheinland zu jedem Zeitpunkt, in dem es ihr richtig erscheint, zurückzuziehen.

Wedgwood fragte darauf noch: „Können wir, wenn das der Fall ist, in die Lage gebracht werden, daß wir hinsichtlich des Young-Berichts oder in anderer Beziehung Konzessionen machen müssen, um auf diese Art Frankreichs Zustimmung zu der von dem englischen Volk so sehr gewünschten Räumung des Rheinlands durch die britischen Truppen zu erkaufen?"

Staatssekretär Henderson antwortete: „Der Herr Abgeordnete darf nicht annehmen, daß wir das Bestreben haben, ein Tauschgeschäft in der von ihm beschriebenen Art vorzunehmen."

Wegen Beleidigung des Ministerpräsidenten Braun.

Geldstrafen für zwei Redakteure des „Tag".

In Berlin fand die Berufungsverhandlung im Beleidigungsprozeß des preußischen Ministerpräsidenten Braun gegen die Redakteure von Medeur und Flemming vom „Tag" statt. In einem Artikel des „Tag" war gesagt worden, daß der Ministerpräsident kein weidgerechter Jäger sei und auf seinen Jagdausflügen alles niederknalle, was ihm vor die Flinte komme.

Die Verhandlung endete damit, daß die Berufungen der Angeklagten, des Staatsanwalts und des Nebenklägers Braun auf Kosten der Betreffenden verworfen wurden. Es bleibt somit für die Angeklagten bei dem in erster Instanz verhängten Urteil von 600 und 300 Mark Geldstrafe. In der Begründung des Urteils heißt es, daß nach Ansicht des Gerichts objektiv eine Beleidigung vorliege. Der Artikel enthalte Tatsachen, die nicht erweislich wahr seien. Es treffe nicht zu, daß der Nebenkläger alles niederknalle, was ihm vor die Flinte komme, und das ihm der Finger ziemlich locker am Abzug sitze. Die Angeklagten hätten ohne Zweifel das Bewußtsein gehabt, daß durch den Artikel das Ansehen des Nebenklägers Braun herabgesetzt werden würde. Der Wahrheitsbeweis sei mißlungen.

Der Evangelische Bund zum Konkordatsabschluß.

Schwerwiegende Einwendungen.

Der Evangelische Bund erläßt eine Kundgebung, in der es heißt: „Der förmliche Vertrag zwischen der preußischen Staatsregierung und der römischen Kurie ist am 9. Juli vom Preußischen Landtage durch das katholische Zentum, die eng mit ihm verbündete Sozaldemokratie, die Demokraten und die Wirtschaftspartei in der entscheidenden Abstimmung mit 243 gegen 172 Stimmen in dritter Lesung endgültig angenommen worden. Die erneut geforderte Gleichzeitigkeit eines Vertragsabschlusses mit der evangelischen Kirche wurde abgelehnt, und ihr lediglich die Vertröstung auf Einleitung von Verhandlungen zum Abschluß einer entsprechenden Vereinbarung gewährt. Der Evangelische Bund darf sich das ehrliche Zeugnis ausstellen, daß er bis zum letzten Augenblick in der Wahrung der

deutsch-protestantischen Interessen

seine Pflicht im Dienste der evangelischen Kirche und Sache treu erfüllt hat. Auch ist seine Arbeit ganz gewiß nicht vergeblich gewesen, denn es darf doch mit einiger Befriedigung festgestellt werden, daß der förmliche Vertrag anderen Verträgen, z. B. dem bayerischen Konkordat von 1925, gegenüber in seinen Forderungen wesentlich abgeschwächt erscheint. Aber doch blieben ihm gegenüber vom deutschen und evangelischen Standpunkt aus so schwerwiegende Einwendungen bestehen, daß eine Zustimmung zu ihm trotzalledem unmöglich war.

Wenn ungeachtet der von weitesten Kreisen des evangelischen Volkes und auch aus deutsch-katholischen Kreisen geäußerten ernsten Besorgnisse nunmehr der Vertrag angenommen ist, so wird es von jetzt ab die Aufgabe des Evangelischen Bundes sein, mit aller Sorgfalt und Achtsamkeit seine Ausführung und Auswirkung von deutsch-evangelischer Warte aus zu überwachen. Der Evangelische Bund wird seine Ehre darin sehen, sich mit dafür einzusetzen, daß die der evangelischen Kirche gegebene Zusage kein leeres Versprechen bleibt, sondern baldigst und in zufriedenstellender Weise eingelöst wird."

Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.

Ausbau der Arbeitsvermittlung bei den Arbeitsämtern.

Nachdem die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung nunmehr über die Mittel für das neue Haushaltsjahr verfügen kann, haben die Selbstverwaltungsorgane der Reichsanstalt über die Verwendung der Beträge Beschluß gefaßt. Die günstige Jahreszeit soll ausgenutzt werden, um die Vermittlungstätigkeit der Arbeitsämter zu einem rasch und dennoch individuell funktionierenden Werkzeug auszugestalten. Hierin ist der sicherste Weg zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und das beste Mittel zur Herabsetzung der Anforderungen an die Arbeitslosenversicherung zu erblicken. Vor allem soll der Arbeiterbedarf in den ländlichen Bezirken mehr erfaßt, der Ausgleich zwischen Stadt und Land gefördert, die Beweglichkeit des Außendienstes erhöht und eine persönliche Beratung der Arbeitslosen ermöglicht werden.

Daneben soll die Arbeitsvermittlung für besonders bedeutsame Berufsgebiete fachkundiger ausgestaltet werden, so z. B. für den Bergbau in Mitteldeutschland und Westfalen, für die Metallindustrie in Westfalen und Rheinland, für Spinnstoffindustrie und Bekleidungsgewerbe in Brandenburg und Sachsen, für die Gastwirts- und Hausangestellten in allen Bezirken. Besondere Aufmerksamkeit soll der Berufsberatung unter arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten gewidmet werden.

Unveränderte Arbeitsmarktlage.

Zugänge und Abgänge gleichen sich aus.

Nach dem Bericht der Reichsanstalt hielten sich in der Zeit vom 1. bis 6. Juli Zugänge und Abgänge des Arbeitsmarktes ein gewisses Gleichgewicht. In Brandenburg, Niedersachsen und Nordmark hat sich die Arbeitslosigkeit leicht erhöht; in Schlesien, Westfalen und Bayern ging sie noch spürbar zurück; in den anderen Bezirken hat sich der Stand, trotz lebhafter Fluktuation, kaum verändert.

Ein neuer Bombenanschlag in Schleswig-Holstein.

Gegen das Wohnhaus des Landrats von Südtondern.

In Niebüll war an das Wohnhaus des Landrates des Kreises Südtondern, Skalweit, von bisher noch unbekannten Tätern eine Zeitbombe gelegt worden, die am Mittwoch morgen um 3½ Uhr zur Explosion gekommen ist. Infolge der Explosion stürzte die Küchenwand des Hauses ein, auch sonst wurde beträchtlicher Gebäudeschaden angerichtet. Personen sind nicht zu Schaden gekommen. Durch die Gewalt der Explosion sind im Landratshause und in mehreren Nachbarhäusern alle Fensterscheiben zersprungen. Die Annahme, daß die Attentäter eine Bombe mit Zeitzündung für ihren Anschlag benutzt haben, gewinnt dadurch an Wahrscheinlichkeit, daß fast genau zur Zeit der Explosion ein Kraftwagen mit rasender Geschwindigkeit in Richtung Flensburg oder Husum davonfuhr.

Die Wohnung des Landrats Skalweit, auf die der Anschlag verübt wurde, liegt ungefähr 150 Meter von dem Landratsamtsgebäude entfernt. Das Landratsamt ist in keiner Weise in Mitleidenschaft gezogen worden, so daß die Vermutung naheliegt, daß es sich um einen persönlichen Racheakt gegen den Landrat handeln dürfte. Durch die Explosion der Bombe wurde in der Hauptsache die Hinterseite der Landratswohnung stark beschädigt. Der Sprengkörper hat die Wand der Küche aufgerissen und Küchenmöbel und Einrichtungsgegenstände mit Mauerteilen ins Freie geschleudert. Auch der Hintereingang zur Wohnung hat erheblich gelitten. Ebenso ist ein über der Küche liegendes Zimmer schwer beschädigt worden.

Landrat Skalweit, der sich nicht politisch betätigt hat, und der der Volkspartei nahesteht, ist im Kreise Südtondern sehr beliebt.

Am Kriegergrab seiner Söhne verhaftet.

Eine polnische Herausforderung.

Auf einem Soldatenfriedhof der polnischen Stadt Kielce ist von den polnischen Behörden der 60 Jahre alte Oberbaurat Arendt aus Gelsenkirchen verhaftet worden, als er die Gräber seiner im Kriege gefallenen Söhne besuchen wollte. Er hatte bereits vorher als Vorstandsmitglied des Verbandes Deutscher Kriegsgräberfürsorge mehrere Gefallenenfriedhöfe in Polen besucht und dabei photographische Aufnahmen für den Verband gemacht, was in Polen verboten ist; das Verbot war ihm unbekannt.

Auf die von deutschen Amtsstellen unternommenen Schritte haben die polnischen Behörden erklärt, daß Arendt der Spionage verdächtig sei und daß man in seinen Taschen angeblich „Generalstabskarten" gefunden habe. Obwohl alles mögliche zur Freilassung des Oberbaurats unternommen worden ist, wird dieser nach wie vor in Haft behalten.

Lokales und aus der Nachbarschaft.

Halver, den 11. Juli 1929.

Reiselektüre.

Ausharren und nicht verzweifeln! Wenn nämlich das Wetter noch schlechter oder, sagen wir „euphemistisch", noch lange nicht wieder gut werden sollte. Mit denen, welche zu Hause geblieben sind, braucht man schließlich nicht allzuviel Mitleid zu haben: sie können es sich, wenn der Regen permanent wird, innerhalb ihrer vier Wände so bequem wie möglich machen, ihren gewohnten Beschäftigungen nachgehen und mit der Selbstsicherheit gewiegter Lebensphilosophen erklären: „Warten wir's nur ruhig ab — es wird schon wieder aufhören!" Aber was machen die vielen, die jetzt irgendwo draußen in ungewohnter Umgebung leben, keine stundenplanmäßige Tageseinteilung haben, sich nicht aus dem engen Zimmer wagen können, ohne nicht gründlich in die Wäsche genommen zu werden — was machen sie, wenn ihnen die Ferienfreude größtenteils zu Wasser wird? Wenn sie einigermaßen vernünftig sind, finden auch sie sich ab mit der aus der Kalenderordnung geratenen Natur und beginnen endlich einmal mit Muße und Genuß zu lesen. „Endlich einmal" — weil sie nämlich bei sich zu Hause gewöhnlich keine Zeit für ein gutes Buch haben. Behaupten sie wenigstens! Aber auf die Reise nimmt jeder gern ein paar Bücher mit, wenn er sie zumeist auch nicht liest. Es muß eben schon regnen, damit man an die Bücher erinnert wird, obwohl es jetzt bekanntlich sogar „Buchtage" gibt. Jeder weiß, daß die Sache mit der Reiselektüre meist schon auf dem Abfahrtbahnhof beginnt. Man ruft sie dort „preisend mit viel schönen Reden" aus, und viele kaufen sich ganze Bücherstapel ein. Aber diese Kupee- oder, um bahnamtlich richtig zu sprechen, Abteillektüre meinen wir ja eigentlich nicht, wenn wir von dem guten Buch, das man während des Ferienregens genießen soll, reden. Obwohl sich im großen und ganzen gegen diese etwas leichtere Reiselektüre nicht viel einwenden läßt. Nein, wir meinen hier Bücher, die man, nachdem man sie gelesen hat, nicht für immer in die Ecke wirft oder im Gepäcknetz für die Nachkommenden zurückläßt. Und noch eines: es sollte niemand versäumen, auch während der Ferien mit der Heimat in Verbindung zu bleiben und sich durch das Heimatblatt über alles, was daselbst geschieht, unterrichten zu lassen. Es mag dann in der Sommerfrische regnen, soviel es will — man merkt das kaum noch: man ist dann eben zu Hause, obwohl man ganz woanders ist.

Halver

—& Die von dem Quartettverein „Frohsinn" auf dem Gesangwettstreit in Letmathe errungenen besonders hohen Auszeichnungen sind in dem Schaufenster der Firma Carl

fragen zu behandeln. Vor der eigentlichen Tagung wurden zwei Fachausstellungen eröffnet.

Der Oberbürgermeister der Stadt Mainz hieß die deutschen Fleischer aufs herzlichste willkommen. Er führte u. a. aus, daß die Metzger als deutsche Männer durch ihr Erscheinen in Mainz bekunden wollten, daß die deutschen Lande rechts und links des Rheins für immer untrennbar zusammengehörten. Die Anwesenheit Tausender von deutschgesinnten Männern sei ein flammender Protest dagegen, daß zehn Jahre nach dem Kriege noch immer die Fremdherrschaft am Rhein bestehe. Möchte es möglichst bald dahin kommen, daß kein fremdes Kommandowort mehr an den Ufern des Rheins ertöne.

In die Luft geschossene Flugzeuge.

Die „Bremen" läßt Post schießen.

Es ist von dieser Sache wiederholt schon die Rede gewesen, aber da sie in kurzem offiziell erprobt werden soll, verdient sie eine nähere Betrachtung. Die am 16. Juli beginnende Jungfernfahrt des Riesendampfers „Bremen" bringt dem Flugwesen die Möglichkeit zur Erprobung des „Katapultstartes" vom Bord eines Schiffes aus. Die „Bremen" führt nämlich einen Heinkel-Eindecker mit, der eilige Postsendungen schon einen Tag vor der Landung des Schiffes in den Hafen bringen soll. Das Flugzeug wird vom Bord des Schiffes buchstäblich in die Luft geschossen. Die Katapultvorrichtung besteht, 16 Meter über dem Wasser angebracht, aus einer drehbaren Schienenbahn von etwa 220 Meter Länge, auf der mittels Preßluft ein Schlitten mit dem Flugzeug mit großer Schnelligkeit vorwärtsgleitet. Für den Start wird diese Gleitbahn schräg voraus in den Wind gedreht und das Flugzeug in die Luft geschossen.

Das Flugzeug wird gewöhnliche Briefsendungen jeder Art nach den Vereinigten Staaten von Amerika und nach Ländern über die Vereinigten Staaten hinaus befördern. Sendungen für den Flug können unter folgenden Bedingungen aufgeliefert werden: 1. Anschrift: Außer einem Klebezettel „Mit Luftpost" — Par avion — der auffällige Vermerk „Mit Katapultflug." 2. Luftpostzuschlag: (außer den gewöhnlichen Auslandsgebühren zu entrichten) 50 Pfennig für je 20 Gramm. Durch den Katapultflug wird die Beförderung um etwa einen halben Tag und die Zustellung unter Umständen noch mehr beschleunigt. Die Sendungen, die mit dem Katapultflug befördert werden, erhalten einen Sonderstempel mit der Inschrift „Erster deutscher Katapultflug Dampfer Bremen—Newyork 22. 7. 1929". Die Sendungen sind den für den gewöhnlichen Verkehr in Betracht kommenden deutschen Leitpostanstalten zuzuführen.

Sensation im Dokumentenfälscherprozeß

...und Schluß der Beweisaufnahme.

Die Verhandlung im russischen Dokumentenfälscherprozeß Orlow—Pawlonowski wurde nach zweitägiger Unterbrechung wieder aufgenommen. Sie begann gleich mit einer Sensation:

Der Hauptzeuge Siewert

teilte, unter Einreichung eines ärztlichen Attestes, dem Gericht schriftlich mit, daß er nicht mehr vor Gericht zu erscheinen gedenke, da er völlig zusammengebrochen sei. Einer der Staatsanwälte, der Siewert einen Tag vorher gesprochen hat, betonte, daß der Zeuge auf ihn den Eindruck eines Menschen, der allerlei wirres Zeug rede, gemacht habe. Erster Staatsanwalt Köhler erklärte darauf, daß er

diejenigen Fälle der Anklage, die sich auf das Zeugnis Siewerts stützten, nicht mehr aufrechterhalte.

Es wurde dann Regierungsrat Bartels als Zeuge vernommen. Er bekundete, daß er im Jahre 1918 in Petersburg die Bekanntschaft Orlows, der damals das Amt eines Oberstaatsanwalts bekleidete, gemacht habe. Orlow habe dann vor den Bolschewiken fliehen müssen und habe im deutschen Generalkonsulat eine Zuflucht gefunden. Über Südrußland sei er nach Berlin gekommen, wo er zur Zeit des Ruhraufstandes wichtige Dienste geleistet habe. Er sei dem preußischen Kommissariat für öffentliche Ordnung sehr wertvoll gewesen und habe seine Dienste unentgeltlich geleistet. Nachdem dann noch einige Zeugen von minderer Bedeutung gehört worden waren, wurde

die Beweisaufnahme geschlossen.

Das Plädoyer des Staatsanwalts wurde auf Donnerstag vertagt.

Spiel und Sport

Sp. **Max Schmeling suspendiert.** Die Boxkommission des Staates Newyork hat Max Schmeling und seinen amerikanischen Manager Jacobs für das Gebiet des Staates Newyork suspendiert, weil Schmeling sich geweigert hat, gegen den englischen Schwergewichtler Phil Scott anzutreten. Es handelt sich um einen Kampfabschluß des früheren Managers Schmelings, Artur Bülow, dessen Verträge, wie noch erinnerlich sein dürfte, von der Boxkommission Newyorks als gültig anerkannt worden waren.

Sp. **Die Vorläufe der Deutschen Stehermeisterschaft,** die am kommenden Freitag im Deutschen Stadion zu Berlin-Grunewald ausgetragen werden, wurden wie folgt ausgelost: 1. Vorlauf: Lewanow, Möller, Saldow, Thomas, Ax, Carpus, Christmann, Damerow, Hauke, Hille, Neumann und Meyer. 2. Vorlauf: Bauer, Dederichts, Jürgens, Krewer, Olböter, Rosellen, Sawall, Schäfer, Schindler, Schmidt und Wißbröcker.

Sp. **Kapp,** der ehemalige Stettiner, gewann ein 9-Kilometer-Laufen „Rund ums Hachingertal" bei München überlegen. Im Gehen siegte der süddeutsche Meister Reichel.

Sp. **Paolino** bekam ein Angebot, für 35 000 Dollar gegen Young Stribling zu boxen. Der Spanier leidet jedoch noch unter den Folgen des Kampfes mit Schmeling und konnte deswegen noch nicht fest zusagen.

Schlußdienst.

Vermischte Nachrichten vom 10. Juli.

Beginn der Verhandlungen mit den evangelischen Landeskirchen.

Berlin. Die Verhandlungen zwischen dem preußischen Staatsministerium und den evangelischen Landeskirchen werden, wie aus sicherer Quelle gemeldet wird, am Donnerstag, den 11. Juli, beginnen.

Oelüberschwemmung im Emdener Hafen.

Emden. Ein Öltank der Rütgers-Werke A.-G. in der aus zwei Tanks bestehenden Anlage auf der Westmole ist durch Bruch des Ventilstutzens plötzlich leck geworden und sein Inhalt von insgesamt 230 000 Kilogramm Teeröl, der unter dem gewaltigen Druck in einem riesigen Strahl herausschoß, drohte die Wasseroberfläche des Hafens mit der gefährlichen empfindlichen Flüssigkeit zu bedecken, was zu einer unabsehbaren Katastrophe führen konnte. Hafenpolizei und Wasserbauamt wurden sofort alarmiert und der Regierungsdampfer „Emshörn" wurde mit einer zur Aufnahme des Öls bestimmten Schute im Schlepptau an die Unfallstelle entsandt. Da diese Schute sich aber zur Aufnahme der immer stärker hervorquellenden Ölmengen als unzureichend erwies, sah man sich genötigt, das Öl auf freies Gelände abzuleiten. Bis spät in die Nacht hinein war es noch nicht gelungen, den Ölstrom abzudämmen.

Das neue mecklenburgische Ministerium.

Schwerin. In der Mittwochssitzung des Mecklenburg-Schwerinschen Landtages wurde die Wahl des Ministerpräsidenten und der beiden Staatsminister vorgenommen. Die von dem deutschnationalen Abgeordneten Dr. v. Oertzen in Vorschlag gebrachten Kandidaten für den Posten des Ministerpräsidenten und für die beiden Ministerposten, Landwirtschaftskammerpräsident Eschenburg, Ministerialrat Haak und Ministerialdirektor Dr. Schlesinger, erhielten bei der Abstimmung je 26 Stimmen. Für den früheren Ministerpräsidenten Schröder (Soz.) waren jedesmal 22 Stimmen abgegeben worden. In allen drei Wahlgängen waren drei Stimmen ungültig. Die Gewählten nahmen die Wahl an.

„Southern Croß" in England eingetroffen.

London. Das Flugzeug „Southern Croß" ist hier eingetroffen. Der in Etappen durchgeführte Flug von Australien nach England hat 15 Tage beansprucht.

Grubenunglück in England.

London. Bei einer Explosion in einem Kohlenbergwerk bei Blacknavon sind vier Bergleute getötet worden, während sechs schwere Brandverletzungen davontrugen

Ein Segelboot mit fünf Personen vermißt.

Swinemünde. Aus dem Ostseebad Koserow kommt eine Nachricht, die ein schweres Bootsunglück befürchten läßt. Am letzten Sonntag, morgens gegen 4 Uhr, fuhr ein Badegast aus Berlin mit zwei Damen und zwei Herren in einem kleinen Segelboot von Koserow aus in See. Das Ziel der Fahrt sollte die Insel Rügen sein. Das Boot mit den fünf Insassen ist seit dieser Zeit verschollen. Alle Anfragen bei den in Frage kommenden Küstenstationen sind erfolglos geblieben.

Wetteraussichten.

14. Juli: Wolken, teils Sonne, strichweis Gewitter, Regen, kühl, Wind.
15. Juli: Wolken, Regenfälle, später vielfach Sonne, ziemlich kühl, Wind.
16. Juli: Veränderlich, ziemlich warm, teils gewitterhaft.
17. Juli: Wenig verändert.
18. Juli: Wolken, Sonne, warm, gewitterhaft, später kühler, Wind.
19. Juli: Sonne, vielfach stark wolkig, gewitterhaft,
20. Juli: Kaum anderes Wetter. (Regen, zieml. warm.

Schriftleitung: Wilh. Bell jr., Halver i. Westf.

Wilhelm Clever
Alma Clever
geb. Werdes
Vermählte.

Blechen, den 12. Juli 1929.
b. Kierspe.

Wegen Familienfeier
ist mein Lokal am
Freitag, dem 12. d. Mts.
geschlossen.
Wilh. Werdes, Neuenhaus.

Polizeiverordnung

zur Ortsatzung
über Anlegung und Bebauung von Straßen und Bauplätzen in der Gemeinde Rönsahl.

Auf Grund der §§ 5 u. 6 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung **vom 11. März 1850** und des § 144 Abs. 2 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 wird nach Beratung mit dem Gemeindevorstand nachstehende Polizeiverordnung erlassen:

§ 1.

Die Straßen, die im Sinne des Baufluchtliniengesetzes vom 2. Juli 1875 und der für die Gemeinde Rönsahl am 17. Mai 1911 erlassenen Ortssatzung als für den öffentlichen Verkehr und den Anbau fertiggestellt anzusehen sind, müssen den nachstehenden Erfordernissen genügen.

§ 2.

Neu anzulegende Straßen werden unterschieden: a. Hauptstraßen und Durchgangsstraßen. b. Nebenstraßen.
Haupt- und Durchgangsstraßen erhalten an Breite:

Fahrbahn	5,50 m
Bürgersteig	2,25 m
Rinnen	1,25 m

Nebenstraßen:

Fahrbahn	5,50 m
Bürgersteig	1,75 m
Rinnen	0,50 m

§ 3.

Zur bedingungsmäßigen und vollständigen Herstellung einer neuen Straße ist erforderlich:

a) daß der Erdkörper des Straßendamms in der im § 2 angegebenen Straßenbreite reguliert ist.
b) daß die Straße mit den erforderlichen Entwässerungsanlagen versehen ist.
c) daß der Straßendamm chausseemäßig befestigt, d. h. mit einer Steinbahn versehen ist, deren Stärke im abgewalzten Zustande 25 cm beträgt, wovon 15 cm auf die aus entsprechend hohen Steinen sachgemäß hergestellte Packlage entfallen, während die übrige 10 cm starke Schicht aus Sandstein bezw. Grauwacken-Steinschlag besteht.
d) daß die erhöhten Bürgersteige mindestens mit Schlacken oder Flußkies angemessen befestigt und dem Straßenkörper entsprechend angeschlossen sind.
e) daß die Straße ortsüblich genügende Beleuchtung hat. Die Leitungsmaste sind auf die Grundstücke der angrenzenden Eigentümer zu setzen.

§ 4.

Die vorstehenden Vorschriften sind auch für den Ausbau bereits vorhandener öffentlicher Wege zu Gemeindestraßen maßgebend.

§ 5.

Ausnahmen in einzelnen Fällen können mit Rücksicht auf besondere Umstände durch die Gemeindevertretung im Einverständnis mit der Wegepolizeibehörde bewilligt werden.

§ 6.

Zuwiderhandlungen gegen diese Polizeiverordnung werden mit Geldbuße bis zu 9 RM. oder entsprechender Haft geahndet. Der Zuwiderhandelnde hat zu gewärtigen, daß an Stelle einer Bestrafung, das von ihm Versäumte im Zwangswege auf seine Kosten ausgeführt wird.

§ 7.

Diese Polizeiverordnung tritt sofort nach erfolgter Bekanntmachung in Kraft.

Kierspe, der 10. September 1918.

Die Polizeiverwaltung
gez. **Hiltebrandt.**

Vorstehende Polizeiverordnung wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Kierspe, den 10. Juli 1929.

Der Bürgermeister: Hiltebrandt.

Statt besonderer Anzeige.



Wer treu gewirkt
Bis ihm die Kraft gebricht,
Wer liebend stirbt,
Ach, den vergißt man nicht.

Heute nachmittag 4 Uhr entschlief sanft nach kurzer Krankheit unsere gute, unvergeßliche Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Wwe. Aug. Sauer

Ida geb. **Ellermann**

im eben vollendeten 60. Lebensjahre.

Um stille Teilnahme bitten:

die trauernden Hinterbliebenen
Geschw. Sauer.

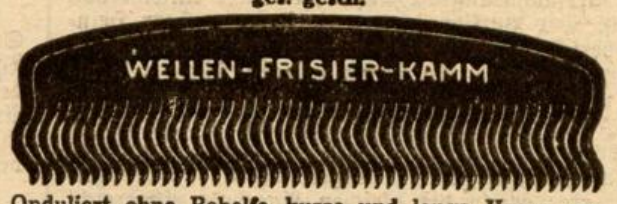
Berge b. Oberbrügge, Lüdenscheid, Scharde, Plettenberg, Hövel u. Halver, den 10. Juli 1929.

Die Beerdigung findet statt am Samstag, den 13. Juli, nachmittags 2½ Uhr vom Sterbehause aus.

Sensationelle praktische Neuheit!

Locken-

Kamm mit Doppelwellenzähnung
ges. gesch.



Onduliert ohne Behelfe kurze und lange Haare nur durch einfaches Kämmen. Solid und unverwüstlich. Unentbehrlich für jede Dame. Sie ersparen die Ausgaben für das Ondulieren beim Friseur und haben immer schön gelocktes Haar. **Preis pro Stück nur Rmk. 2.50.** Versand gegen Einsendung des Betrages in Briefmarken oder gegen Nachnahme. Bestellen Sie sofort bei Firma
E. Chotiner, Wien VIII, Lerchenfelderstr. 34
Hunderte von Dankschreiben liegen auf.



Beim Einkauf
vergessen Sie nie
Kannegießer's Kaffee
in ½ und ¼ Pfund-Paketen aus der
Kaffee-Großrösterei
Robert Kannegießer
Gegr. 1844 **Barmen** Gegr. 184[illegible]

Korbwaren:
Korbsessel
Korbtischchen
Blumenkrippen
Waschkörbe m. Henkel
ovale Waschmangen
viereckige Wasch-
Marktkörbe [mangen
Metzgerkörbe
Papierkörbe
Wandmappen
Bürstentaschen
Handarbeitskörbchen
Kinderkörbchen
Spankörbe
empfiehlt
Kaufhaus
Aug. Vollmerhaus,
Kierspe-Bhf.

Zwangsversteigerung.

Am Freitag, dem 12 Juli werde ich im Hotel zur Post Halver **1 Ladentheke mit Aufsatz** öffentl. meistbietend gegen Barzahlung versteigern.

Langner,
Obergerichtsvollzieher.

Heimstätten-Siedler-Verein Halver e. V.

Oeffentliche
Versammlung
am Samstag, den 13. Juli 1929 abends 8,30 Uhr bei **Fasbender.**

Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.

Der Vorstand.

Lotterie als Volkssparkasse.

Experimente mit der Klassenlotterie.

Für die Preußisch-Süddeutsche Klassenlotterie sind in jüngster Zeit gewisse Reformvorschläge gemacht worden, die eine Auffüllung des Staatssäckels zum Ziele hatten, die Spielerwelt aber, obwohl man ihr allerlei Schönes versprach, zum Teil stark beunruhigt haben. Es heißt zwar, daß diese von einem Lotteriepraktiker entworfenen Reformpläne, deren Grundgedanke auch in anderen Ländern interessieren dürfte, da er immerhin eine finanzpolitische Bedeutung hat, bereits wieder abgetan seien, aber man darf überzeugt sein, daß sie über kurz und lang wiederkehren werden. Sie verdienen deshalb eine nähere Betrachtung.

Die Preußisch-Süddeutsche Klassenlotterie, die früher eine ruhige Sache war, ist seit einigen Jahren, zumal seit der Kriegszeit, zum Gegenstand ständigen Experimentierens geworden: Vermehrung der Zahl der Lose, mit der die Vermehrung und Erhöhung der Zahl der Gewinne nicht gleichen Schritt hielt, Änderungen im Ziehungsmodus, die dann wieder abgeschafft wurden, Erhöhungen der Lospreise, Polemiken über die Vorteile und Nachteile von Ziehungsmaschinen, die man einführen wollte — alles hat sie durchgemacht und mit ihr haben es alle ihre Getreuen, alle diejenigen, welche allen Nieten und Enttäuschungen zum Trotz seit Jahren zu ihr halten, mitgemacht.

Was nun die neuesten „Reformen", die in Aussicht genommen sind, anbetrifft, so ist mit ziemlicher Sicherheit anzunehmen, daß wieder eine Erhöhung der Lospreise bevorsteht: das ganze Los für alle fünf Klassen soll dann nicht mehr, wie bisher, 120, sondern 200 Mark kosten, so daß sich der Preis eines Achtels für jede Ziehung auf fünf Mark stellen würde. Man scheint sich in den Lotterieverwaltungskreisen nur noch nicht über den Zeitpunkt der Einführung dieser „Reform" einig zu sein, doch darf man sie wohl für das Jahr 1930 erwarten. Die Zahl der Lose soll, wie es heißt, nicht erhöht werden, aber eine der Erhöhung der Lospreise einigermaßen entsprechende Vermehrung der Gewinne und auch eine Verbesserung der Gewinnaussichten soll kommen. — Gewisses weiß man zurzeit noch nicht und erst der Herbst soll die Entscheidung bringen.

Neben diesen Reformplänen der Lotterieverwaltung lief, wie gesagt, der sehr komplizierte Reformplan eines Lotteriefachmannes, der die Klassenlotterie zu einer Art „Volkssparkasse" machen wollte. Vielen erschien dieser Reformvorschlag „bestechend", viele andere aber zeigten ihm die kalte Schulter. Bemerkenswert ist es, daß unter denen, welche den Plan als bedenklich zurückwiesen, sich in großer Zahl die Lotterieeinnehmer, die das Lotteriegeschäft in den Fingerspitzen haben, befanden: sie fürchteten, daß die Reform ihnen das Geschäft ruinieren könnte. Es handelte sich, um es kurz zu sagen, bei dem Reformvorschlag um folgendes: Von den 1 600 000 ganzen Losen zu 120 Mark, die jetzt jährlich für zwei fünfklassige Ausspielungen abgesetzt werden, sind 940 000 glatte Nieten. Die übrigen 660 000 sind an den Gewinnen so beteiligt, daß 183 000 der Lose einen über dem Einsatz liegenden Gewinn erzielen, während 477 000 nur den Einsatz zurückerhalten, also als „Freilose" herauskommen. Der „Reformer" nun wollte die Gewinnlose, die nur den Einsatz zurückgeben, ganz abschaffen und die Zahl der wirklichen Gewinne (also solcher Lose, die mehr als den Einsatz bringen) etwas erhöhen. Kein Spieler aber sollte sein eingesetztes Geld völlig verlieren: es sollte nämlich durch Aufspeicherung der Überschüsse des staatlichen Lotteriegeschäftes ein Fonds gebildet werden, aus dem jedem Lotteriespieler, der eine Niete gezogen hat, nach zehn Jahren sein Kapital zurückgegeben werden sollte. Einbüßen würde er dann nur die Zinsen, die er in den zehn Jahren mit seinem Kapital erzielt hätte. Der Staat aber würde durch Einbehaltung eines Teiles der Lotteriegewinne oder vielmehr durch den Wegfall der Freilose sozusagen eine zinslose Anleihe erhalten. Das ist ungefähr der Kern der Sache, die der Lotteriefachmann sich ausgedacht hatte — auf ein paar Nebendinge, wie Erhöhung der Lospreise, bedeutende Vermehrung der Zahl der Lose usw., kommt es nicht an, zumal ja der Plan mittlerweile ins Wasser gefallen sein soll.

Und nun noch eine Schlußbemerkung: Es wäre dringend zu wünschen, daß man bei den Klassenlotterien mit dem Experimentieren und Reformieren endlich aufhörte und sie wieder in das ruhigere Fahrwasser der guten alten Zeit brächte. Und wenn daneben noch ein paar immer wiederkehrende Reformwünsche der Lotteriespieler, wie etwa die Zerlegung der ganz großen Gewinne in eine Anzahl minder hoher und eine Vermehrung der Gewinne ohne Lospreiserhöhung, berücksichtigt würden, könnte man vollends zufrieden sein.

Um die Löhne der Landarbeiter.

Die Ausführungen in dem Geschäftsbericht des Zentralverbandes der Landarbeiter über die Tarif- und Lohnbewegung lassen erkennen, daß die Löhne der ländlichen Arbeitnehmer fast durchweg außerordentlich niedrig sind. Die Gesamtstundenlöhne übersteigen nur in einigen wenigen Gebieten 50 Pfennig. Daß die gewerkschaftliche Arbeit nicht ohne Erfolg blieb, beweisen die in den letzten Jahren erzielten Lohnsteigerungen. Im Jahre 1928 war der Verband an insgesamt 157 Tarifverträgen beteiligt. Sein Bestreben war stets darauf gerichtet, in Lohn- und Tariffragen meist zu freien Vereinbarungen mit den Arbeitgeberorganisationen zu kommen. Sofern das nicht möglich war, wurden die staatlichen Schlichtungseinrichtungen in Anspruch genommen, für deren Beibehaltung sich der Geschäftsbericht unzweideutig ausspricht. Die sozialpolitische Betätigung war sehr umfangreich. Durch Schaffung des Arbeitsgerichtsgesetzes und des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung konnten für die ländliche Arbeitnehmerschaft wesentliche Fortschritte erzielt werden. Eine Beseitigung der Arbeitslosenversicherung könne, so betont der Bericht, unter keinen Umständen in Frage kommen. Der Abstellung offensichtlicher Mißstände habe sich der Zentralverband jedoch nie widersetzt, sondern tatkräftig daran mitgearbeitet. Den noch unerfüllten Forderungen auf Schaffung eines gesetzlichen Arbeiterschutzes, Einbeziehung der ländlichen Arbeitnehmerschaft in den Entwurf des Berufsausbildungsgesetzes und angemessene Vertretung in den Landwirtschaftskammern werde der Verband besondere Aufmerksamkeit zuwenden. Die Verbandszeitung hat weiterhin dem Siedlungswesen und dem Landarbeiter-Eigenheimbau viel Arbeit gewidmet und sich auch mit der Frage beschäftigt, wie die ausländischen Wanderarbeiter durch deutsche Arbeitskräfte ersetzt werden können.

Die Rakete als Briefträger.

Über den Weltfernsprechverkehr, seine Entwicklung und Bedeutung für Wirtschaft und Kultur hielt Ministerialdirektor Dr.-Ing. P. Krämer auf der Jahresversammlung des Verbandes Deutscher Elektrotechniker in Aachen einen interessanten Vortrag. Vor allen Dingen sei es der Funkverkehr gewesen, der eine ganz unerwartete Ausdehnung erhalten habe. Für das Fernsehen seien vielversprechende Anfänge gemacht worden und man werde in wenigen Jahren vielleicht die gleiche Anerkennung, die heute dem Funkwesen gezollt wird, dem Fernseh- und Bildverkehr zollen können. Der Vortragende wies auf die Möglichkeit hin, die für den Postverkehr in der Ausnutzung der Rakete liegt. Eine Rakete würde in der Lage sein, Schnellbriefe gleichzeitig in großer Menge in ganz kurzer Zeit an den Bestimmungsort zu befördern. Der Vortragende ging dann auf die große Entwicklung des Fernsprechverkehrs ein, die nunmehr gestatte, alle Punkte der Erde telephonisch untereinander zu verbinden, während es noch vor 50 Jahren Schwierigkeiten machte, in Berlin die ersten Teilnehmer für den Fernsprechverkehr zu gewinnen. Es sei ferner gelungen, eine internationale Vereinbarung über den Fernsprechverkehr zu erzielen. Das europäische Fernsprechnetz erstrecke sich heute vom Nordkap bis zur afrikanischen Küste und von Irland bis zum Balkan. In kurzer Zeit würden auch die russischen Sowjetrepubliken in den Verkehr einzubeziehen sein, so daß es innerhalb der nächsten Jahre möglich sein werde, bis zu den Küsten des Stillen Ozeans zu sprechen. Durch diese Ausdehnung nach Afrika und Asien sowie durch die Einbeziehung des amerikanischen Kontinents und der Fernsprechgebiete in Japan und Ozeanien bereite sich das Weltfernsprechnetz vor.

Mit der geretteten Fahne in die Heimat zurück.



Walter Zippel, einer der vier Überlebenden des in der Skagerrakschlacht gesunkenen Kreuzers „Wiesbaden", kehrt nach mehrjährigem Aufenthalt in Boston (Vereinigte Staaten) nach Deutschland zurück. Hierbei bringt er die von ihm gerettete Flagge der „Wiesbaden" in die Heimat zurück.

Ansitz.

Von Franz Hotzen.

Am 1. Juli hat die Jagd auf Rehböcke wieder eingesetzt.

Sommerabendstille. Der Tag war drückend heiß. Am Spätnachmittag ist ein Gewitter niedergegangen; noch tropft der Wald, doch die leuchtenden Farben des Regenbogens beginnen schon zu verblassen, klar und rein steht die Luft über den erquickten Fluren und nur aus weiter Ferne grollt das abziehende Wetter bisweilen noch dumpf herüber. Die goldenen Lichter des Abends umblitzen zuckend Stämme, Moos und Blätter und spiegeln sich in den kristallhellen Diamanten an den Blattspitzen der Farne und jungen Birken. Dann und wann läuft ein rascher Windstoß durch die regenschweren Kronen der Buchen und schüttelt die Tropfen von Ästen und Blättern — das ist die Stunde, wo das Wild gern die nassen Dickungen und den Hochwald verläßt und auf die Wiesen und Felder hinaustritt; denn wie ein altes Jägerwort richtig sagt: „Im Walde regnet's immer zweimal."

Auf der „Kanzel" in den unteren Zweigen der einzelnen Fichte zwischen den Buchen am Waldrand, wo das saftige Kleestück zwischen reifenden Roggenkoppeln sich breit heranschiebt, sitzt der Jäger, die Büchsflinte über den Knien, und atmet in tiefen Zügen den würzigen Erdgeruch, der dem erfrischten Waldboden nach langer Dürre entströmt. Im Dorf läutet es Abend; fernes Hundegebell und die gedämpften Stimmen der heimkehrenden Landleute, die heute die Wiese im Talgrunde gemäht haben, dringen verloren herüber. Ein Löffelmann hoppelt ohne Eile vorbei, macht auf dem Randweg einen „Kegel" und verliert sich im Kleeacker. Am Saume des dichten jungen Mischbestandes, der die alten Buchen waldeinwärts begrenzt, leuchtet, in schnellem Wechsel auftauchend und verschwindend, zwischen Farnkraut und lichtgrünem Aufschlag ein rostroter Schimmer auf — rasch führt die Hand das Glas zum Auge und läßt es enttäuscht wieder sinken: ein brunftiges Schmalreh zieht lautlos unter den Bäumen näher, nascht flüchtig von den sprießenden Gräsern und Waldwicken und windet gegen das freie Feld. Nun „fiept" es einige Male sehnsüchtig und wechselt in kurzen Fluchten über die offene Flur einem anderen Waldstück zu.

Der Hochwald beginnt die ersten langen Schatten zu werfen, doch das Büchsenlicht bleibt wohl noch eine Stunde lang gut. Im feuchten Laub unter dem Hochsitz rascheln die Mäuse. Aus der Fichtenschonung am Wiesenrand kommt Reineke mit wehender „Lunte" herangeschnürt, sichert lange und mißtrauisch und verschwindet im hohen Korn. Wenige Augenblicke — und schon wird es in dem dichtstehenden Roggen lebendig: ein „Gesperr" junger Fasanen stiebt in schwirrendem Flug nach allen Seiten heraus, der alte Hahn steigt laut und ängstlich gockend steil in die Höhe, um sogleich außer Sprungweite wieder einzufallen; dann baumt er auf einer Buche auf, indes der rote Räuber sich feldeinwärts zur Mäusejagd nach einem Kartoffelacker verzieht.

Nun wird es Zeit; der Abend kommt. Aus den Wiesen am Dorf erhebt sich schweren Fluges ein Storch und strebt dem einzelnen Gehöft an der Hügellehne zu, auf dessen Scheunenfirst sein Nest im sorglich befestigten Wagenrad steht. Der Jäger folgt ihm mit den Augen — da, als der Blick weiter über den jenseitigen Höhenrücken schweift, zuckt die Waffe in seinen Händen: dort drüben, wo das weiße Band der Landstraße aus dem Walde heraustritt und zwischen den Feldern sich verliert, treibt in stürmischer Fahrt ein starker Bock eine Ricke! Eine Zeitlang geht's in hohen Fluchten im Hafer hin und her, dann verschwinden sie talwärts in der Fichtenschonung, die zur nahen Wiese herabführt.

Mit einem Schlage hat das Bild sich verändert, die Ruhe ist stärkster Erregung gewichen, Augenblicke höchster Spannung vergehen — da huschen in der Tiefe zwei leuchtendrote Schatten durch das frischgemähte Gras, mit einer langen Flucht ist der Bachlauf im Wiesengrund überfallen und schon wettert die wilde Jagd den Hang unter den Buchen herauf. Deutlich vernimmt das Ohr das rhythmische Klopfen der federnden Läufe auf dem glatten, festen Waldboden, zwischen den Stämmen taucht die flüchtige Ricke auf, dicht hinter ihr der stürmische Freier, hell leuchten die weißen Enden des Gehörns über den Lauschern — gilt der Schuß? Gut achtzig Gänge sind's. In dem Gesicht, das sich an den Büchsenkolben preßt, strafft sich jeder Zug, gleitend folgt der blinkende Gewehrlauf dem Weg des Wildes und gerade als der Bock in hoher Flucht einen dichten Buchenhorst überfällt, berührt der Finger den „Stecher" — und hallend blitzt der Schuß. Im Knall stürzt der Bock, ein kurzes Überschlagen, ein Schnellen und Schlegeln der Läufe, dann wird es still.

Noch während die leichte Pulverwolke sich verzieht, gleitet der Weidmann über die Leitersprossen zur Erde. Nicht ohne Bewegung betrachtet er den Einschuß und das hochbeperlte dunkle Gehörn — wieder ist ein Edler vom Walde geschieden. Mit einem kräftigen Schluck aus der Jagdflasche wird der Bock „totgetrunken", dann wird er „aufgebrochen", mit verschränkten Läufen im Rucksack geborgen und heimwärts geht's durch den sinkenden Abend, in den die Sommernacht ihre ersten fahlen Schatten webt.

Ein Torpedoboot der Luft.

Drei Decks für 40 Personen, mit Rohrpost.

Auf dem schweizerischen Bodensee über Altenrhein in der Nähe von Rorschach ist in den letzten Tagen der Bau des neuen Flugbootes der Dornier-Werke beendigt worden. Das neue Flugboot wurde bereits einer größeren Anzahl von geladenen Gästen gezeigt, mit den Probeflügen wird jedoch erst in einigen Wochen begonnen werden können.

Steht man vor dem riesigen Flugschiff, dann glaubt man, eher ein kleines Torpedoboot als ein Flugzeug vor sich zu haben. Man muß die Eleganz in der Linienführung des Rumpfes und seine gewaltigen Ausmaße bewundern. Es ist im Gegensatz zu dem Dornier-Wal-Typ unten nicht flach, sondern stark kielförmig gearbeitet, was besonders vorteilhaft für grobe See ist. Die Ganzmetallwände sind auf höchsten Widerstand gebaut und das ganze Boot ist in wasserdichte Schotten unterteilt. Alle neuesten Errungenschaften der modernen Flugzeugbautechnik sind bei diesem Boot angewandt worden. Das Flugschiff hat eine Spannweite von 48 Metern, eine Länge von 40 Metern und eine Höhe von 10 Metern. Der Flächeninhalt beträgt etwa 490 Quadratmeter. Zum Antrieb sind zwölf Siemens-Jupiter-Motoren von je 525 Pferdestärken vorgesehen, so daß insgesamt eine Kraft von 6300 Pferdestärken zur Verfügung steht. Man hofft, eine Höchstgeschwindigkeit von 250 Stunden-Kilometern und eine Marschgeschwindigkeit von 190 Stunden-Kilometern erreichen zu können.

Das ganze Schiff ist sozusagen in drei Decks aufgeteilt. Im Unterdeck befindet sich die Betriebsgasanlage, außerdem wird hier das große Gepäck der Reisenden untergebracht. Daneben bietet es auch noch Raum zum Schlafen für die Besatzung, die sich aus ungefähr zehn Mann zusammensetzt. Das Mitteldeck ist das sogenannte Passagierdeck. Vorn am Bug ist der Kollisionsraum mit Ankergeschirr. Dahinter schließen sich die Passagierräume an, vorläufig für vierzig Personen bestimmt, die in großen Kabinen und einem Speisesaal von beträchtlichen Ausmaßen Aufenthalt nehmen.

Auf dem oberen Deck ist der Führerstand untergebracht, ähnlich dem des „Graf Zeppelin". Ganz vorn sitzen die Piloten, unmittelbar dahinter liegt das Kartenhaus, dann folgt die Maschinenzentrale und ganz hinten steht als Abschluß die Funkbude.

Besonders interessant ist die Betriebszentrale, von der aus die Motoren bedient werden. Von den Schaltbrettern führen Leitungen zu den Motoren, die alle einzeln betrieben, aber auch alle zusammengekoppelt werden können. Die Piloten haben mit der Kontrolle der Motoren direkt eigentlich gar nichts mehr zu tun. Der Pilot kann jederzeit dem Maschinisten seine Befehle durch einen Maschinentelegraphen weitergeben. Auch eine Rohrpostanlage ist eingebaut.

Die Restbestände der Ernte.

Das Ergebnis der von der Preisberichtstelle beim Deutschen Landwirtschaftsrat am 15. Juni d. J. durchgeführten Erhebung über die in den Händen der Landwirtschaft noch befindlichen Gesamtvorräte ergibt folgendes Bild:

Die Winterweizenbestände liegen trotz des günstigen Ausfalles der letzten Ernte nicht nur prozentual, sondern auch absolut unter den noch in der gleichen Zeit des Vorjahres vorhandenen Vorräten. Dagegen werden die Bestände an Winterroggen trotz ihrer nicht unerheblichen Verminderung auch noch weiter höher ausgewiesen als i. V., so daß auch weiterhin mit einer Verfütterung von Roggen zu rechnen sein dürfte.

Die Vorräte an Wintergerste sind bedeutungslos. Dagegen überschreiten die Vorräte an Sommergerste erheblich die des Vorjahres. Da gegenwärtig Absatzmöglichkeiten für Sommergerste nicht vorhanden sind, ist damit zu rechnen, daß ein größerer Teil dieser Bestände ins neue Wirtschaftsjahr mit hinübergenommen wird, selbst auf die Gefahr hin, daß die Keimfähigkeit darunter leidet. Auch beim Hafer wird mit der Herübernahme nicht unerheblicher Bestände ins neue Wirtschaftsjahr gerechnet werden müssen.

Die Verminderung der Kartoffelvorräte hat seit dem Vormonat mit 8,1 Prozent der Gesamternte sehr starke Fortschritte gemacht, doch liegen die noch vorhandenen Bestände über denen des Vorjahres. Da aber seit dem 15. Mai trotz der schnellen Verminderung nur wenig Kartoffeln zum Verkauf gelangt sind, wird auch eine weitere reibungslose Verwertung der Kartoffeln zumeist im Eigenbetrieb der Landwirtschaft zu erhoffen sein.